



PRESSEMITTEILUNG DES BUNDESVERBANDES SOLARWIRTSCHAFT

Umfrage: Drei von vier gegen Kürzungen bei Solarförderung

YouGov: 75 Prozent für Erhalt oder Ausbau der Förderung von Solardächern / Mehrheit auch bei CDU/CSU- und SPD-Wählern / Solarwirtschaft demonstriert heute im Berliner Regierungsviertel

Berlin, 9. Oktober 2026. Dreiviertel der Wahlberechtigten in Deutschland sprechen sich gegen Kürzungen bei der Förderung neuer Solarstromanlagen auf Gebäuden aus. Das zeigt eine repräsentative YouGov-Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar). 75 Prozent wollen, dass die Förderung erhöht oder zumindest unverändert fortgeführt wird. Lediglich 13 Prozent sprechen sich für Kürzungen aus (vgl. auch [Pressegrafik](#)).

Die Unterstützung reicht quer durch die politischen Lager: Bei den Wählerinnen und Wählern von CDU/CSU sind 74 Prozent für eine unveränderte oder höhere Förderung, bei der SPD 77 Prozent. Unter den Wählerinnen und Wählern von Bündnis 90/Die Grünen liegt der Anteil bei 90 Prozent, bei der Linken bei 83 Prozent und bei der AfD bei 63 Prozent.

Die Umfrage erscheint, während die Beratungen über die EEG-Novelle 2027 und das Netzpaket im Bundestag in die entscheidende Phase gehen. Der Wirtschaftsausschuss befasste sich in dieser Woche in zwei öffentlichen Anhörungen mit den Gesetzesvorhaben.

Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar: „Drei von vier Wahlberechtigten wollen, dass Solardächer weiter verlässlich gefördert werden. Das ist ein klares Signal an den Bundestag. Die Zahlen belegen: In Zeiten von Energie- und Klimakrise ist es nicht vermittelbar, ausgerechnet eine der günstigsten heimischen Energiequellen auszubremsen. Jede zusätzliche Solaranlage macht uns unabhängiger von teuren Energieimporten und hilft, die Stromkosten zu drücken.“

Der BSW-Solar fordert in den weiteren parlamentarischen Beratungen Nachbesserungen insbesondere an drei zentralen Punkten: Bei PV-Dachanlagen warnt der Verband vor Fördereinschnitten und zusätzlichen Vermarktungspflichten. Solarparks dürften nicht durch neue regulatorische Vorgaben künstlich verteuert werden. Zur Verringerung von Netzausbaukosten sollte der Ausbau von Batteriespeichern und die Digitalisierung der Stromnetze vorangetrieben werden, statt Netzengpassgebiete zu jahrelangen „Sperrzonen“ der Energiewende zu machen.

Am heutigen Freitag wollen Unternehmen, Beschäftigte, Verbände und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen ihren Forderungen auch öffentlich Nachdruck verleihen. Unter dem Motto „Erneuerbare Energien: Ausbauen statt Ausbremsen!“ findet ab 14 Uhr auf der Reichstagswiese in Berlin eine Kundgebung statt. Auch der BSW-Solar hat zur Teilnahme aufgerufen.

Körnig: „Jetzt liegt es am Bundestag, verlässliche Rahmenbedingungen für die nächste Phase der Energiewende zu schaffen – und Investitionen in Solarenergie zu erleichtern, statt zu erschweren.“

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de



Zur Umfrage: YouGov befragte vom 2. bis 5. Oktober 2026 im Auftrag des Bundesverbandes Solarwirtschaft 2.105 Wahlberechtigte in Deutschland repräsentativ. 75 Prozent sprachen sich dafür aus, die Förderung neuer Solarstromanlagen auf Gebäuden zu erhöhen oder unverändert zu lassen, 13 Prozent votierten für eine Kürzung, 13 Prozent antworteten mit „weiß nicht/keine Angabe“. Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de